Beschluss Demokratie fördern – Zivilgesellschaft stärken

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	24.05.2025
Tagesordnungspunkt:	7. Verschiedene Anträge

Antragstext

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für unsere Demokratie. Engagierte Menschen in Initiativen, Verbänden, Vereinen, Kirchen und NGOs stärken den Zusammenhalt, sorgen für außerschulische Bildungsangebote, tragen dazu bei, wichtige Anliegen, wie beispielsweise den Kampf für eine offene Gesellschaft, gegen Rassismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit, auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen, und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur politischen Willensbildung.

Doch ebendiese Zivilgesellschaft steht unter Druck. Die AfD und leider auch die CDU ziehen durch ihre Kleinen Anfragen die Gemeinnützigkeit und damit die steuerliche Begünstigung zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen in Zweifel. Hinzu kommt: Viele Verbände, Vereine und NGOs finanzieren sich aus Projektmitteln. Das bedeutet, sie können ihre Gelder nur im Rahmen der bewilligten Projekte und nur innerhalb der dafür vorgesehenen Zeiträume einsetzen. Das erschwert die Arbeit ganz massiv, weil eine langfristige Planung unter diesen Bedingungen nicht möglich ist.

Die Koalition von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundesebene hatte sich darauf verständigt, Abhilfe zu schaffen und ein Bundesdemokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen. Die Verabschiedung des von Bundesinnen- und Bundesfamilienministerium vorgelegten Gesetzentwurfs scheiterte jedoch am Widerstand der FDP.

Wir BÜNDNISGRÜNE treten dafür ein, dass zivilgesellschaftliche Initiativen zur Stärkung der Demokratie nachhaltig finanziert werden. Nicht nur der Bund, auch die Länder können dazu einen Beitrag leisten. Das Land Berlin hat einen ersten Schritt in diese Richtung gemacht. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, dass auch Mecklenburg-Vorpommern aktiv wird. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu aufgefordert, ein Landesdemokratiefördergesetz zu erarbeiten und in den Landtag einzubringen.

Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern beschließt:

Wir fordern die Landesregierung dazu auf, den Beschluss des Landtags vom 10. April 2025 zügig umzusetzen und zeitnah den Entwurf für ein Landesdemokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen, um, noch vor Ablauf der aktuellen Legislaturperiode, die über lange Jahre gewachsene demokratische Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu fördern und langfristig abzusichern.